

**A N F R A G E** von Hans Egli (EDU, Steinmaur) und Markus Schaaf (EVP, Zell)

betreffend Christenverfolgung

---

Das Recht, seinen Glauben frei wählen und praktizieren zu können, ist in der Schweiz eine Selbstverständlichkeit. In etwa 50 Ländern trifft dies jedoch nicht zu. Das Leid vieler Menschen, die wegen ihres Glaubens systematisch benachteiligt, verhaftet oder umgebracht werden, ist eine schreckliche Realität und darf unter keinen Umständen in Vergessenheit geraten.

Es fällt uns auf, dass wir hier in der Schweiz das Thema Religionsfreiheit nicht unbedingt als dringendes Problem erachten. Das liegt daran, dass diese Freiheit für uns vollkommen selbstverständlich und alltäglich ist.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um Menschen zu helfen, die vor Gericht stehen, nur weil sie als Minderheit ihren Glauben praktizieren wollen und sich nicht dem «offiziellen Glauben» der Regierenden oder der Mehrheit der Bevölkerung unterordnen?
2. Welche Interventionsmöglichkeiten sieht der Regierungsrat, wenn Kirchen von Extremisten geplündert und danach in Brand gesteckt werden?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um vor allem in muslimischen Ländern die christlichen Minderheiten zu schützen?
4. Der Regierungsrat hat sich erst kürzlich zur christlichen Leitkultur bekannt. Sieht er Möglichkeiten, um den weltweit 200 Millionen diskriminierten und unterdrückten Christen zu helfen?
5. Sieht der Regierungsrat die Koptische Kirche im Kanton Zürich bedroht, da für die Weihnachtsfeier Polizeischutz anwesend sein musste?

Hans Egli  
Markus Schaaf